



Ständerat  
Staatspolitische Kommission  
3003 Bern

nur per Mail: [spk.cip@pd.admin.ch](mailto:spk.cip@pd.admin.ch)

Urtenen-Schönbühl, 24.4.2009 MLZ/th

**08.515 Parlamentarische Initiative**  
**Bedingter Rückzug einer Volksinitiative im Fall eines indirekten Gegenvorschlags**  
Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30 März 2009 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband das oben erwähnte Geschäft zur Stellungnahme unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit, uns zur Vorlage aus Sicht der Gemeinden äussern zu können.

Der Schweizerische Gemeindeverband unterstützt die Parlamentarische Initiative «Bedingter Rückzug einer Volksinitiative im Fall eines indirekten Gegenvorschlags». Die vorgeschlagene Massnahme trägt dazu bei, dass das Verfahren zur Ausübung der Volksinitiative optimiert wird.

Gemäss heutigem Bundesrecht muss sich eine Volksinitiative zwingend auf eine Verfassungsbestimmung beziehen. Auf Verfassungsstufe muss das Anliegen aber möglichst knapp formuliert sein. Wenn es hingegen ausführlicher formuliert werden sollte, besteht die Gefahr, dass es auf Verfassungsebene nicht mehr stufengerecht ist. Mit der Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags auf Gesetzesstufe kann deshalb wesentlich differenzierter auf das Anliegen der Volksinitiative eingegangen werden. Sofern der indirekte Gegenvorschlag die Anliegen der Volksinitiative aufnimmt, ist die vorgeschlagene Rückzugsmöglichkeit unter der Bedingung, dass der indirekte Gegenvorschlag auch wirklich in Kraft tritt, sinnvoll. Die Volksinitiative behält ihre Rechtfertigung als Impulsgeber, während die Umsetzung über den indirekten Gegenvorschlag erfolgt. Durch den Rückzug der Volksinitiative können Kosten für die obligatorische Volksabstimmung gespart werden und ein weiterer Zeitverlust bei der Behandlung des Anliegens kann vermieden werden.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Gemeindeverband**

Präsident

Stv. Direktorin

Hannes Germann  
Ständerat

Maria Luisa Zürcher  
Fürsprecherin

Kopie: Schweizerischer Städteverband